

SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin



Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger!

Mit eher düsteren Aussichten im Gepäck ist der Bundestag in die nun beendete Sitzungswoche gegangen. Nachdem schon die Bundesregierung ihre Konjunkturprognose senken musste, warteten einige Wirtschaftsforschungsinstitute mit Vorschauen auf, die wenig Besserung verheißen. Das RWI in Essen billigt dem Land immerhin 0,3 Prozent Wachstum zu, das ifo-Institut in München nur 0,2 Prozent und das Berliner DIW Ifo-Institut befürchtet eine Stagnation. Das Fazit: Deutschland bleibt im dritten Jahr der Ampel weltweites Schlusslicht unter den Industrienationen. Und eine Wachstumsstrategie der Regierung ist immer noch nicht erkennbar.

Keine guten Vorzeichen auch für die Aufstellung des Haushaltsplans für das nächste Jahr. Denn Wachstumsschwäche bedeutet unter dem Strich kaum oder gar keine finanziellen Spielräume. Damit aber konnte sich die Ampelkoalition schon im vergangenen Jahr nicht wirklich abfinden. Schon ist zu hören, die Zwei-Prozent-Quote für die Verteidigungsausgaben könnte trotz Bundeswehr-Sondervermögen im nächsten Jahr wieder verfehlt werden. Und der unzureichende ausgestattete Zivilschutz müsse

sich auf weitere Kürzungen einstellen. Es wäre angesichts der aktuellen Bedrohungslage ein fatales Signal.

Schon waren wieder Forderungen nach neuen Wegen einer kreativen Buchführung und der Aufweichung der Schuldenbremse laut zu hören. Jedenfalls verhallt die Forderung des Bundesfinanzministers nach Haushaltsdisziplin und Priorisierung von Aufgaben und Ausgaben bislang ungehört. Derzeit wird die Lücke zwischen Wunsch und Wirklichkeit in den Ausgabenplanungen auf rund 30 Milliarden Euro geschätzt, soll die Schuldenbremse eingehalten werden.

In der Flüchtlings- und Asylpolitik der Ampel-Regierung ist der Fortschritt weiter eine Schnecke. Während die Hilferufe aus den Kommunen immer lauter werden, geht es auf der Bundesebene nicht voran. Pläne bleiben Pläne. Bestes Beispiel die Bezahlkarte für Asylsuchende. Einige Landkreise und Länder haben die Hoffnung auf eine Bundeslösung aufgegeben und eigene Zahlensysteme entwickelt. CDU und CSU haben die Ampel aufgefordert, endlich zu handeln.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Woche und trotz allem viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr Sebastian Brehm

Mobilität darf nicht zum Luxus werden



Der Pkw-Führerschein bleibt eine wichtige Voraussetzung für individuelle Mobilität, vor allem für das Leben außerhalb der großstädtischen Räume. Doch für junge Leute droht der Führerschein immer mehr zum Luxus zu werden - und damit auch ein Hindernis für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. CDU und CSU haben deshalb jetzt einen 12-Punkte-Plan vorgelegt und die Bundesregierung aufgefordert, die Hürden aus dem Weg zu räumen.

Die Kosten für den Führerschein sind in den vergangenen Jahren geradezu explodiert – auf bis zu 4.500 Euro. Das können sich gerade junge Leute nicht leisten. Dazu herrscht zum Teil monatelanger Terminstau für Fahrprüfungen. Die Folge: Auffrischungsfahrten, die die Kosten für den Führerschein weiter in die Höhe treiben.

Hier setzen die Pläne der Union an. Eine Forderung: Öffnung der Abnahmeberechtigung für Führerscheinprüfungen für weitere Anbieter, um mehr Prüftermine zu schaffen und so unnötige Fahrstunden zu vermeiden. Außerdem soll die Weiterbildung von Fahrlehrern zu Fahrprüfern erleichtert werden. Ein Ingenieurstudium oder

eine Ingenieurausbildung als Voraussetzung für die Fahrprüfer-Anerkennung soll entfallen. Theorieunterricht könnte künftig auch in digitaler Form erfolgen. Fahrsimulatoren könnten zudem helfen, die frühzeitige Erkennung von Verkehrs- und Gefahrensituationen zu trainieren.

Sebastian Brehm: „Man kann nicht ständig von



der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse reden und gleichzeitig einfach zusehen, wie den Menschen in den Regionen das Leben immer

schwerer gemacht wird. Wer nicht gerade in einer Großstadt wohnt, braucht ein Auto und damit den Führerschein – für den Weg zur Arbeit, den Einkauf und für praktisch alle Freizeitaktivitäten.“

Länder und Kommunen nicht im Stich lassen



Die Kommunen kommen bei der Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen immer deutlicher an ihre Grenzen. Fast 330.000 neue Asylanträge im vergangenen Jahr und weitere 47.000 Neuanträge in diesem Jahr haben die Lage weiter verschärft. Die Bundesregierung hat Maßnahmen zur Begrenzung der Belastungen zugesagt. Doch die Versprechen scheitern, weil

Bundeskanzler Olaf Scholz nicht die Kraft hat, seine Zusagen in der Koalition durchzusetzen. Ein Sinnbild für die Handlungsunfähigkeit oder auch Unwilligkeit der Regierung ist die bargeldlose Zahlkarte für Asylbewerber. Zugesagt, aber blockiert. Die Konsequenz: Kommunen und Länder sorgen auf eigene Faust für vollendete Tatsachen, was zusätzliches Geld kostet. CDU und CSU haben deshalb in dieser Woche die Bundesregierung noch einmal aufgefordert, ihre Zusagen endlich einzuhalten und ein Maßnahmenpaket vorgelegt.

Es sieht neben der Fortsetzung der bestehenden Grenzkontrollen eine konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber in die Herkunftsländer vor, wenn sie Deutschland nicht freiwillig verlassen. Das muss auch für Gefährder und schwere Straftäter aus Afghanistan, Syrien, Eritrea und Libyen gelten. Außerdem wollen CDU und CSU die Liste der sicheren Herkunftsstaaten um Indien sowie die Maghreb-Staaten erweitern. Vor allem aber muss der überproportionale Zuzug von Asylsuchenden gestoppt werden. Personen, die bereits einen Asylantrag in einem anderen EU-Land gestellt haben, dürfen nicht ins Land gelassen werden.

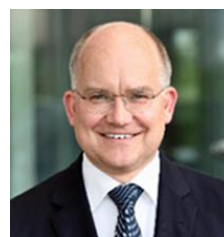
Sebastian Brehm: „Wir haben eine humanitäre Verpflichtung - und die nehmen wir als Union sehr ernst. Aber unsere Möglichkeiten sind endlich. Immer neue allgemeine Absichtserklärungen – wie jüngst bei der Ministerpräsidentenkonferenz – führen nicht weiter. Sie verschärfen die Lage. Wir brauchen Taten, nicht Ampel-Gezerre.“



Zu spät, zu wenig, zu unambitioniert!



Schlechte Nachrichten für BAföG-Empfänger: Während die Bezieher von Bürgergeld zum Jahresbeginn einen satten Aufschlag erhielten, sollen Studierende nach dem Willen der Bundesregierung leer ausgehen. Höhere Freibeträge bei den Einkommen der Eltern sollen zwar mehr Studierende in den Genuss der Studienförderung bringen und im Bedarfsfall soll ein Umzugskostenzuschuss den Studienstart erleichtern. Aber es gibt keinen Cent für eine Aufstockung der Höchstfördersumme.



Sebastian Brehm: „Der Beschluss der Bundesregierung lässt sich knapp zusammenfassen: ‚Zu spät, zu wenig, zu unambitioniert. Mit der einmal versprochenen großen BAföG-Strukturreform hat das nichts mehr zu tun. Wir brauchen eine regelmäßige Anpassung der Bedarfsätze an die studentische Lebenswirklichkeiten und strukturelle Verbesserungen wie die Beschleunigung der Bearbeitungsprozesse durch Vereinfachung und Digitalisierung. Dafür werden sich CDU und CSU einsetzen.“

Bundesregierung ahnungslos



Long COVID, Myalgisches Enzephalomyelitis/Chronisches Fatigue-Syndrom (ME/CFS) oder Post-Vac-Syndrom: Etwa 2,5 Millionen Menschen leiden nach Schätzungen von Ärzten und Fachverbänden unter diesen Erkrankungen. Für die Patienten bedeuten sie teilweise massive Beeinträchtigungen. Sie sind vielfach auf Pflege durch Angehörige angewiesen. Mehr als 60 Prozent der Betroffenen sind dauerhaft arbeitsunfähig; rund 25 Prozent können das Haus krankheitsbedingt nicht mehr verlassen oder sind sogar bettlägerig. Betroffene Kinder und Jugendliche sind zum Teil nur eingeschränkt oder gar nicht schulfähig.

Eine Große Anfrage von CDU und CSU zur Lage der Betroffenen brachte jetzt ein ernüchterndes Ergebnis: Die Bundesregierung verfügt weder über Daten noch Modellrechnungen oder eine ressortübergreifende Strategie zur Forschung und Versorgung, um die Lage der Betroffenen zu verbessern. Und die zuständigen Ressorts für Forschung und Gesundheit arbeiten auch noch systematisch aneinander vorbei.

Die Symptome der Erkrankungen sind recht ähnlich, weshalb sich das Interesse der Forschung vor allem auf mögliche Zusammenhänge richtet. Doch im Forschungsministerium stehen in diesem Jahr gerade einmal 4,2 Millionen Euro für

entsprechende neue Projekte bereit; im nächsten Jahr sollen es 10,5 Millionen Euro sein. Beides ist angesichts der großen Zahl von Betroffenen und der komplexen Forschungsfragen völlig unzureichend. Und selbst dieser Ansatz konnte nur mit monatelangem Drängen von CDU und CSU gegen die Bundesregierung durchgesetzt werden.

Nur wenig besser sieht es im Gesundheitsministerium aus, das für die Versorgungsforschung zuständig ist. Die Versorgungsstrukturen für die Patientinnen und Patienten sowie deren Angehörige sind unzureichend. Dringend nötig wären flächendeckende, interdisziplinäre und umfassende Strukturen, um eine gute medizinische sowie pflegerische Versorgung sicherzustellen. Aber das alles fehlt.

Sebastian Brehm: „Seit weit mehr als einem Jahr wird dieses Thema nun schon diskutiert. Aber die Bundesregierung verharrt weiter in relativer Ta-



tenlosigkeit. Wir brauchen jetzt schnellstens einen Kurswechsel. Die Betroffenen brauchen endlich mehr und bessere Hilfe. Forschungsmi-

nisterin Bettina Stark-Watzinger und Gesundheitsminister Kal Lauterbach müssen endlich ihren Job machen. Ohne eine starke und gut vernetzte Grundlagenforschung gibt es keine Fortschritte bei der Entwicklung wirksamer Therapien und Medikamente.“

Boxdorfer Werkstätten in Berlin



Es war mir eine große Freude, in dieser Woche eine Gruppe der Boxdorfer Werkstätten zu ihrem Besuch im Bundestag willkommen zu heißen. Nach einer Parlamentsbesichtigung hatten wir ein anregendes Gespräch zu vielfältigen Themen. Auf dem Reiseprogramm der Gruppe standen auch ein Besuch der Gedenkstätte Berliner Mauer und ein Informationsgespräch im Bundespresseamt.

Die Einladung der Gruppe, darunter eine ganze Reihe von Rollstuhlfahrern und Gehbehinderten, war auch ein bewusstes Signal für Inklusion. Für mich steht außer Frage, dass es Menschen unabhängig von körperlichen oder geistigen Einschränkungen möglich sein muss, voll am öffentlichen Leben teilzuhaben. Es war übrigens nach Angaben des Bundespresseamtes die bisher größte Gruppe von Rollstuhlfahrern im Bundestag.

Was dieser Besuch aber noch an Erkenntnis brachte: Beim Thema Inklusion gibt es noch viel Nachholbedarf – beim Bundestag und beim Bundespresseamt, das für die Betreuung der Fahrt verantwortlich war und im Hotelgewerbe. Das werde ich jetzt intensiv nachbereiten, damit diese Hürden endlich fallen.

Erbschaftsteuer darf nicht



zu „kalter“ Enteignung führen

Über die derzeitigen Entwicklungen bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer und meine Vorschläge für Gesetzesänderungen habe ich im CSU-Ortsverband Laufamholz informiert. Das rege Interesse und die Fragen haben gezeigt, wie groß mittlerweile die Verunsicherung durch die jüngste Rechtsänderung der Ampelkoalition ist. Ein Ein- oder Zweifamilienhaus zu erben, ist inzwischen zu einem finanziellen Risiko geworden. Erben sehen sich zunehmend gezwungen, ihr Elternhaus zu veräußern, um die Erbschaftsteuer zahlen zu können. Gleiches gilt für Schenkungen zu Lebzeiten. Beides eine „kalte“ Enteignung und zugleich die Entwertung des Wohneigentums als Altersvorsorge. Diese Entwicklung muss dringend korrigiert werden.

Straßengespräche

Auch das BrehmMobil ist ins neue Jahr gestartet. Beim ersten Halt in diesem Jahr am Stresemannplatz konnte ich eine Reihe von interessanten Bürgergesprächen führen. Das Spektrum war



breit: Die aktuelle Lage in Deutschland und international gehörten ebenso dazu wie persönliche Anliegen, um die ich mich gerne kümmere. Der regelmäßige Kontakt und Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern ist mir wichtig. So erfahre ich aus erster Hand, was die Menschen bewegt. Den nächsten Stopp des BrehmMobil gibt es am 18. April von 16 – 18 Uhr vor dem Edeka-Markt in der Rollnerstraße in Nürnberg! Kommen Sie gerne vorbei.

Mein Praktikum im Bundestag



Erst einmal zu mir: Mein Name ist Max. Ich bin 15

Jahre alt. In dieser Woche habe ein Praktikum im Bundestagsbüro von Sebastian Brehm in Berlin gemacht. Am ersten Tag wurde ich durch die Bundestagsgebäude geführt. Mir wurde sehr viel über die Geschichte von Berlin erklärt. Mir wurde gezeigt, wo alles ist und welche Bedeutung es hat.

Ich konnte sehen, wie im Bundestag gearbeitet wird. Ich konnte an einer Sitzung Arbeitsgruppe Finanzen der CDU/CSU und einer Sitzung des Finanzausschusses teilnehmen. Ich finde das war etwas, wo man sehr viel lernen konnte. Ich konnte dort sehen, wie man richtig debattiert. An diesem Tag habe ich auch noch an einem Praktikantengespräch mit dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz teilgenommen, bei dem die Praktikanten auch Fragen stellen konnten.

Am vorletzten Tag habe ich mir die Plenarrede von Sebastian Brehm im Bundestag angehört. Zur Unterstützung des Büros durfte ich Informationen zum Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Deutschland und den Vereinigten Arabischen Emiraten recherchieren. Das war nicht ganz einfach.

An meinem letzten Praktikumstag hatte Herr Brehm Besuch von einer Gruppe aus seinem Wahlkreis. Ich konnte bei der Betreuung der Gruppe helfen und noch einmal viel über den Bundestag lernen. Im Büro hatte ich sehr nette Mitarbeiter. Im Großen und Ganzen hat es Spaß

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

030-227-74074 • Fax 030-227-70072

sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.

gemacht. Ich konnte vieles dazulernen.